

Große Anfrage

der Abgeordneten Eduard Lintner, Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Eduard Oswald, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Georg Brunnhuber, Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Peter Götz, Manfred Heise, Hans Jochen Henke, Klaus Hofbauer, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Anita Schäfer, Heinz Schemken, Wilhelm Josef Sebastian und der Fraktion der CDU/CSU

Aktuelle Eisenbahnpolitik

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist die Entlastung des Bundeshaushalts durch die Bahnreform in den Jahren 1994 bis 1999 und wie prognostiziert die Bundesregierung die weitere Entwicklung?
2. Wie waren die finanziellen Leistungen des Bundes für das Eisenbahnwesen einschließlich der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den Jahren 1994 bis 2000, dargestellt als Gesamtsumme je Jahr, und wie sind die entsprechenden Ansätze in der Mittelfristplanung für die Jahre 2001 bis 2004, ebenfalls dargestellt als Gesamtsumme je Jahr?
3. Wie hoch ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Sanierungsbedarf im Unternehmen Deutsche Bahn AG (DB AG)?
4. In welchem Umfang wird nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die DB AG im Rahmen ihres Rationalisierungskurses weiter Personal abbauen?
5. Wo sind aus Sicht der Bundesregierung die sozialen Grenzen für den Personalabbau bei der DB AG erreicht?
6. Wo sieht die Bundesregierung in ihrer Verantwortung als Eigentümer des Unternehmens DB AG die Grenzen für den Rationalisierungskurs des Unternehmens?
7. Wie hoch ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Investitionsbedarf in das Bestandsnetz und wie hoch ist der Investitionsbedarf für Neubauprojekte im Zeitraum bis 2015?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der DB AG nach einer konsequenten Verstärkung der staatlichen Investitionszuschüsse für die Schieneninfrastruktur?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der DB AG, die Infrastrukturförderung generell von der Gewährung zinsloser Darlehen auf verlorene Baukostenzuschüsse umzustellen?

10. Wie hoch ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der noch bestehende Bedarf für Ausgleichsleistungen für die Sonderbelastungen der ehemaligen Deutschen Reichsbahn?
11. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen zu Frage 9?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Angaben zur Produktivitätssteigerung im DB Konzern auch angesichts der Bemerkungen des Bundesrechnungshofes?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisentwicklung im DB Konzern auch angesichts des angestrebten Börsenganges?
14. Welche Vorbedingungen müssen aus Sicht der Bundesregierung für einen Börsengang noch erfüllt werden?
15. Für welchen Zeitpunkt sieht die Bundesregierung die Möglichkeit für einen Börsengang als gegeben an?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen der DB AG, ungleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa sowie Wettbewerbsnachteile durch das Steuerrecht in Deutschland durch die Mineralölbesteuerung, die Öko-steuer und die Mehrwertsteuer zu beseitigen?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage der DB AG, dass das Unternehmen „das für einen Quantensprung nach vorne erforderliche Geld für einen grundlegenden Austausch des alten Materials, zusätzliche Schnellstrecken und die Ertüchtigung von Knoten nicht selbst verdienen können“ und dass „auch bei einer Verstärkung der UMTS-Mittel solche Quantensprünge nicht machbar“ sind?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Situation im deutschen Eisenbahnnetz insbesondere hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und der Sicherheit?
19. In welchem Umfang sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Verkäufe bzw. Ausgliederungen im DB Konzern sinnvoll und nötig?
20. Was erwartet die Bundesregierung von solchen Verkäufen bzw. Ausgliederungen?
21. Wie beurteilt die Bundesregierung das neue Güterverkehrskonzept der DB AG insbesondere im Hinblick auf die Erwartungen im Verkehrsbericht 2000 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen an den Verkehrsträger Schiene und hinsichtlich der Auswirkungen auf die mittelständischen Unternehmen als Kunden der Bahn?
22. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Konzepten der DB AG, die regionale Bedienung im Güter- und im Personenverkehr verstärkt an kommunale und regionale private Bahnunternehmen abzugeben, insbesondere hinsichtlich der künftigen Netzstruktur?
23. In welchem Umfang erwartet die Bundesregierung in den nächsten fünf Jahren die Stilllegung von Gleisanschlüssen?
24. Beabsichtigt die Bundesregierung von Stilllegung bedrohte Gleisanschlüsse abseits der Hauptstrecken und Ballungsräume zu erhalten?
Wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu diesem Zweck zu ergreifen?

25. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von der Entscheidung der DB AG, regionalen und kommunalen Bahnen Güterverkehrspunkte zu übertragen, auf das Volumen der Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene?
26. Was beabsichtigt die Bundesregierung bezüglich der noch ausstehenden Novellierung des Regionalisierungsgesetzes?
27. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der überwiegenden Mehrzahl der Experten in der Anhörung zur Bahnreform, umgehend den Wettbewerb im System Schiene durch eine konsequente Trennung von Netz und Betrieb herzustellen?
28. Welche Überlegungen bestehen bei der Bundesregierung zu den künftigen Strukturen, die als Folge einer Trennung von Netz und Betrieb im Rahmen der Regulierung, Fahrplankoordinierung, der hoheitlichen und der kartellrechtlichen Aufsicht geschaffen werden müssen?

Berlin, den 5. Dezember 2000

Eduard Lintner
Dirk Fischer (Hamburg)
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Eduard Oswald
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Georg Brunnhuber
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Peter Götz
Manfred Heise
Hans Jochen Henke
Klaus Hofbauer
Norbert Königshofen
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgus
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dr. Michael Meister
Norbert Otto (Erfurt)
Hans-Peter Repnik
Anita Schäfer
Heinz Schemken
Wilhelm Josef Sebastian
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

